

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 23.11.2023
(11. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

| | Seite |
|-----------|--|
| 1 | Einwohnerfragestunde 5 |
| 2 | Haushaltsberatung 5 |
| 3 | Sachstandsbericht - RheinEck: Aktueller Bericht zu Baufeldern und Wohnumfeldgestaltung 11 |
| 4 | Sachstandsbericht - Bebauungsplan Nr. 316, Meerbusch-Strümp, Schneiderspfad 11 |
| 5 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße" 1. Beratung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Beschluss des Bebauungsplanentwurfes 3. Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: FB4/1805/2023 13 |
| 6 | Perspektive RegioNetzWerk Vorlage: FB4/0703/2023 15 |
| 7 | Gestaltungssatzung Nr. GS 35 der Stadt Meerbusch für den Ortskern des Stadtteils Nierst (Gestaltungssatzung Nierst) Vorlage: FB4/1766/2023 15 |
| 8 | Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Berta-Benz-Straße im Gewerbegebiet "Im Bundenrott"; hier: Erteilung von Befreiungen Vorlage: BM/1799/2023 16 |
| 9 | Bauvoranfrage zum Neubau eines Sport- und Fitness-Centers mit Außenanlagen mit Weiternutzung einer bestehenden Tennishalle in Meerbusch-Büderich, hier: Erteilung von Befreiungen gem. § 31 BauGB 1. Bau eines Parkdecks mit 2 Geschossen und PV-Anlage außerhalb der Baugrenze 2. Überschreitung der Baugrenze neben der Bestandshalle durch ein Schwimmbecken im Außenbereich Vorlage: FB4/1801/2023 18 |
| 10 | Bauvoranfrage zum Neubau eines Einfamilienhauses mit dazugehörigen Stellplätzen in Meerbusch-Büderich, Dietrich-Bonhoeffer-Straße 9, hier: Zustimmung zur folgenden Befreiung - Befreiung von der Art der Nutzung Vorlage: FB4/1756/2023/1 19 |
| 11 | Neubau von drei Einfamilienhäusern mit Doppel- und Einzelgaragen, Meerbusch-Büderich, Rosenstraße 19, hier: Zustimmung zur Befreiung von der zulässigen Überschreitung der Baugrenze Vorlage: FB4/1812/2023 20 |

| | | |
|-------------|--|-----------|
| 12 | Anträge | 20 |
| 12.1 | Antrag Die Fraktion und Grün-alternativ - Beratung und Beschlussfassung zum Kooperationsmodell Haus Meer Vorlage: FB4/0479/2023 | 20 |
| 13 | Anfragen | 21 |
| 14 | Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle | 21 |
| 15 | Verschiedenes | 21 |
| 16 | Termin der nächsten Sitzung | 21 |

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S1/S2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:29 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied
 Herr Maximilian Buchwald-Podder Sachkundiger Bürger
 Herr Thomas Jung Ratsmitglied
 Frau Norma Köser Ratsmitglied
 Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied
 Herr Uwe Wehrspohn Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Günter Focken
 Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied Vertretung für Herrn Klaus Rettig
 Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel Ratsmitglied Vertretung für Frau Leoni Kanders
 Frau Astrid Hansen Sachkundige Bürgerin
 Herr Egbert Meiritz Sachkundiger Bürger

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniele Glasmacher Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter
 Herr Alexander Bolten Service Finanzen
 Frau Isabel Briese Bereichsleitung Fachbereich 4
 Herr Matthias Schneiders Fachbereich 4
 Frau Sarah Bolk Fachbereich 4 (zu Top 7)
 Herr Patrick Reimann Fachbereich 4 (zu Top 7)

Frau Birgit Richter
Frau Iris Wagner

Fachbereich 4 (zu Top 2)
Bereichsleitung Fachbereich 6

stellv. Schriftführer
Herr Sebastian Eickeler

Fachbereich 4

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Bürgerin Dr. Blaum vom BUND fragt nach, warum man den aktuellen Sachstand zum Bebauungsplan Nr. 316 „Schneiderspfad“ nicht im Internet einsehen kann.

Frau Briese erläutert, dass es noch keinen Aufstellungsbeschluss gibt. Daher findet man das Verfahren auch noch nicht unter dem Punkt „laufende Verfahren“. Es gab jedoch schon politische Beratungen, daher ist bereits eine Plannummer und ein (vorläufiger) Name vorhanden.

Bürgerin Dr. Blaum erkundigt sich nach der Sicherheit einer Baustelle an der Niederlöricker Straße in Meerbusch-Büderich. Dort würden Kinder spielen.

Frau Briese erläutert, dass in erster Hinsicht der Bauherr die Baustelle absichern muss. Man wird die Information in der Verwaltung an die zuständige Stelle weitergeben.

Bürgerin Dr. Blaum möchte wissen, ob künftige Sitzungen des Ausschusses wieder in der Aula der Realschule stattfinden könnten. Dort sei mehr Platz und gerade in den Wintermonaten könnte man dort im Sinne des Infektionsschutzes mehr Abstand gewährleisten.

Herr Damblon erläutert, dass die Aula der Realschule für Schulzwecke genutzt wird und daher nicht mehr zur Verfügung steht. Man wird allerdings Alternativen zum derzeitigen Sitzungsraum prüfen.

Bürger Johannes Küppers vom Tennisclub Grün-Weiß-Rot in Büderich fragt, ob bzgl. der Errichtung eines Sportcenters in der Nachbarschaft des Clubs (siehe Tagesordnungspunkt 9) seitens der Stadt Meerbusch Gespräche mit dem Verein geführt werden. Durch den Neubau in der Nachbarschaft würden dort angemietete Plätze wegfallen.

Herr Damblon erläutert, dass seitens der Stadt keine Gespräche geführt wurden und werden, da die Stadt nicht der Eigentümer der Flächen sei. Zudem führt die Bauaufsichtsbehörde keine Gespräche mit Angrenzern. Die gewünschten Gespräche solle jedoch der (künftige) Eigentümer führen. Dies wird nun angestoßen.

Ratsherr Peter beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 (Bauvoranfrage zum Neubau eines Sport- und Fitness-Centers mit Außenanlagen mit Weiternutzung einer bestehenden Tennishalle in Meerbusch-Büderich, hier: Erteilung von Befreiungen gem. § 31 BauGB) zu vertagen.

Ratsherrin Glasmacher beantragt, den Tagesordnungspunkt 11 (Neubau von drei Einfamilienhäusern mit Doppel- und Einzelgaragen, Meerbusch-Büderich, Rosenstraße 19, hier: Zustimmung zur Befreiung von der zulässigen Überschreitung der Baugrenze) zu vertagen.

Sachkundige Bürgerin Hansen beantragt, den Tagesordnungspunkt 7 (Gestaltungssatzung Nr. GS 35 der Stadt Meerbusch für den Ortskern des Stadtteils Nierst (Gestaltungssatzung Nierst) zu vertagen.

2 Haushaltsberatung

Zur Beratung liegen dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften vor:

- der Entwurf der Haushaltssatzung 2024
- vier Antrag der Fraktion UWG
- zwei Anträge der Fraktion „die Fraktion“
- ein Antrag der Fraktion „Grün-alternativ“
- ein Antrag der Fraktion „Bündnis 90 – Die Grünen“

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften ist zuständig für die Produkte:

| Ausschuss für Planung und Liegenschaften | |
|--|---|
| Produkt | Bezeichnung |
| 010.111.160 | Grundstücksverkehr |
| 090.511.010 | Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen |
| 090.511.020 | Grafische Datenverarbeitung |
| 090.511.030 | Vermessung |
| 100.511.010 | Bodenordnung |
| 100.521.010 | Bauaufsicht |

2.1 Produkt 010.111.160 Grundstücksverkehr, S. 212-219

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | | | 1 |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| | | | |
| Gesamt: (17) | 14 | | 3 |

Mehrheitlich beschlossen.

2.1.1 Antrag der UWG zur Prüfung des Verkaufs/Vermarktung des Objekts Friedenstraße 25, 40667 Meerbusch

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----|------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | 3 | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | 1 | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |

| | | | |
|---------------------|----------|-----------|--|
| Die Fraktion (1) | | 1 | |
| Gesamt: (17) | 1 | 16 | |

Mehrheitlich abgelehnt

2.1.2 Antrag der UWG zur Prüfung des Ankaufs von Bürogebäuden im Rahmen einer PPP mit beispielsweise der GWG preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | 3 | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | 1 | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | | 1 | |
| Gesamt: (17) | 1 | 16 | |

Mehrheitlich abgelehnt

Der Erste und Technische Beigeordnete führt dazu aus, dass in Gewerbegebieten allgemeines Wohnen nicht zulässig ist. Ratsherrin Glasmacher ergänzt, dass eine Umplanung zu einem Mischgebiet gewünscht werde. Ratsherr Schoenauer weist auf die Gewerbeflächenknappheit und die zu erwartenden Immissionskonflikte hin.

2.1.3 Antrag der Fraktion „die Fraktion“ zur Streichung der Ausgaben Kalverdonk.

- Keine Haushaltsposition im APL. Im AKUB ist dieser Antrag zu stellen.

2.2 Produkt 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen, S. 504-511

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | | 3 |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | | | 1 |
| Die Fraktion (1) | | | 1 |
| Gesamt: (17) | 10 | 0 | 7 |

Mehrheitlich beschlossen

2.2.1 Antrag der UWG zur Aufstellung eines Angebotsbebauungsplans zum (Teil)-verkauf des Grundstücks und Müllerhauses Brüllmühle mit anschließender passender Wohnraumbebauung

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | 3 | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | 1 | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | | 1 | |
| Gesamt: (17) | 1 | 16 | |

Mehrheitlich abgelehnt

Die Diskussion kommt mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass bei aller berechtigten Kritik an den bisherigen Ergebnissen eine interkommunale Zusammenarbeit bei den großen Entwicklungsthemen wichtig, lohnend und letztlich unentbehrlich ist.

2.2.2 Antrag der Grün-alternativ zur Streichung der Aufwendungen Regio-Netzwerk

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 6 | 11 | |

Mehrheitlich abgelehnt

2.3 Produkt 090.511.020 Graphische Datenverarbeitung, S. 512-516

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | | 1 |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | | | 1 |

| | | | |
|-----------------------|-----------|--|----------|
| Gesamt: (17) | 13 | | 4 |
|-----------------------|-----------|--|----------|

Mehrheitlich beschlossen

2.4 Produkt 090.511.030 Vermessung, S. 517-521

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | | 3 |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | | | 1 |
| Gesamt: (17) | 12 | | 5 |

Mehrheitlich beschlossen

2.5 Produkt 100.511.010 Bodenordnung, S. 523-531

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|----------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | 3 | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | 1 | |
| SPD (2) | | | |
| UWG / Freie Wähler (1) | | 1 | |
| Die Fraktion (1) | | 1 | |
| Gesamt: (17) | 9 | 6 | |

Mehrheitlich beschlossen

2.5.1 Nr. 1: Antrag der Fraktion zur Streichung der Haushaltsmittel für die K9n

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 6 | 11 | |

Mehrheitlich abgelehnt

2.5.2: Antrag der UWG zur Streichung der Haushaltsmittel für die K9n

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | | 2 |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 6 | 9 | 2 |

Mehrheitlich abgelehnt

2.5.3: Antrag Bündnis 90 / Die Grünen zur Streichung des Ansatzes für 2024

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU (7) | | 7 | |
| FDP (2) | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 6 | 11 | |

Mehrheitlich abgelehnt

2.6 Produkt 100.521.010 Bauaufsicht, S. 534-537

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | | 3 |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 12 | | 5 |

Mehrheitlich beschlossen

2.7. Gesamtbeschluss über die Produkte des Ausschusses für Planung und Liegenschaften

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2024 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | | 3 | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | | 1 | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | | 1 | |
| Gesamt: (16) | 10 | 5 | 2 |

Mehrheitlich beschlossen

3 Sachstandsbericht - RheinEck: Aktueller Bericht zu Baufeldern und Wohnumfeldgestaltung

Herr Devers präsentiert den aktuellen Bericht zur Nutzung der Baufelder und den Planungen zur Wohnumfeldgestaltung im RheinEck. Die Präsentation und der Bericht werden der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzender Damblon bedankt sich bei Herrn Devers für die Präsentation.

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes hinterfragt die Zeitschiene. Dabei habe sie Bedenken, da es in der Vergangenheit zu Verzögerungen kam.

Herr Devers erklärt, dass der Zeitplan abhängig ist von der GWH und deren Zeitplanung bzw. Fortschritten bei der Umsetzung.

4 Sachstandsbericht - Bebauungsplan Nr. 316, Meerbusch-Strümp, Schneiderspfad

Herr Schneiders präsentiert den Anlass der angedachten Bebauungsplanaufstellung, einen möglichen Geltungsbereich sowie Erfordernis, Ziel und Zweck für das mögliche Bebauungsplanverfahren.

Vorsitzender Damblon bedankt sich bei Herrn Schneiders für die Präsentation.

Ratsherr Peters hinterfragt, ob die angegebenen 80 % Einfamilienhäuser aus dem Regionalplan resultieren. Hinsichtlich der Absicht zum Bau eines neuen Supermarktes im Plangebiet merkt er an, dass die Fläche in Randlage und nicht zentral im Versorgungsbereich liege. Es bestehe Beratungsbedarf.

Ratsherr Schoenauer gibt an, dass definitiv Beratungsbedarf bestehe. Bei den Überlegungen der Verwaltung sehe man Probleme bei der Lage des Einzelhändlers/Supermarktes. Man wolle vermeiden, dass Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ entstehe. Insgesamt könne man jedoch in die Überlegungen einsteigen. Vor dem Hintergrund des bestehenden Arbeitsprogrammes sollte diese Projekt jedoch nicht in der Prioritätenliste aufsteigen.

Ratsherr Gabernig fragt nach, welche Größe von Supermarkt sich die Verwaltung an der Stelle vorstelle?

Herr Schneiders erläutert, dass sowohl die Zielsetzung von 80 % Einfamilienhäuser als auch die Ansiedlung von Einzelhandel auf beschlossenen städtebaulichen Konzepten beruht. Über die Wohnformen und Wohneinheiten könne man noch sprechen. Die Lage des Plangebiets sei zwar am Rand des Ortsteils Strümp. Die Errichtung eines Supermarktes in dem Plangebiet wäre jedoch keine Planung auf der „grünen Wiese“. Man müsse sich hier auch die Frage stellen, welche Flächen sonst für Einzelhandel geeignet wären. Die Verwaltung sieht hier keine Konkurrenz zu dem bestehenden Edeka-Markt in Osterath und auch keine nachteiligen Auswirkungen auf die Bemühungen zur Erweiterung des Lebensmitteleinzelhandelsangebotes in Lank-Latum.

Herr Apsel ergänzt, dass der Betreiber des Edeka-Supermarktes in Strümp die Überlegungen kenne. Man sei mit ihm im Austausch. Außerdem könne sich der Betreiber vorstellen, einen Edeka-Markt im angedachten Plangebiet zu eröffnen und sei diesbezüglich in Gesprächen mit der Edeka-Zentrale.

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes begrüßt, dass die Verwaltung hinsichtlich vorstellbarer Wohnformen offen gegenübersteht. Auch Geschosswohnungsbau solle man in Betracht ziehen. Die Bedarfe haben sich geändert. Außerdem sei dort 30 % geförderter Wohnraum möglich.

Sachkundiger Bürger Wagner erklärt, dass er der Planungsidee kritisch gegenüberstehe. Man müsse behutsam mit Grund und Boden umgehen und sollte nicht so viel Fläche verbrauchen.

Ratsherr Gabernig merkt an, dass die FDP eine behutsame Entwicklung der Fläche bevorzuge. Man solle nicht mit der „Dampfwalze“ Geschosswohnungsbau entwickeln.

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes entgegnet, dass es nicht um „Dampfwalze“ gehe. Die Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt haben sich geändert und auf die müsse man eingehen.

Herr Schneiders führt aus, dass der Standort gem. Einzelhandelsentwicklungskonzept für einen Markt < 800 qm Verkaufsfläche vorgesehen sei. Die heutige Beratung ist als Einstieg in die weitere Planung gedacht. Im Zuge dessen würden Fachgutachten erstellt, auch zu Einzelhandel und dessen Auswirkungen.

Ratsherr Schoenauer ergänzt derart, dass das Strategiekonzept Wohnen hier eine Quote für Einfamilienhäuser vorgesehen habe. Diese sei nicht in Stein gemeißelt, man müsse durchaus neu überlegen. Auch der Beschluss zur aktiven Grundstückspolitik sei zu überdenken.

Ratsherr Weyen bittet um Berücksichtigung der Interessen der weiteren Grundstückseigentümer.

5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße"

- 1. Beratung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**
 - 2. Beschluss des Bebauungsplanentwurfes**
 - 3. Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB**
- Vorlage: FB4/1805/2023**

Beschlussvorschlag:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird zugestimmt (Anlage 4 + 5).
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße" vom 19.10.2023 (Anlagen 1 und 2) mit Begründung (Anlage 3) wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße" vom 19.10.2023 (Anlagen 1 und 2) gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB mit der Begründung (Anlage 3) in der Fassung vom 25.10.2023 für die Dauer von einem Monat öffentlich auszulegen.

Alternativen:

Der Beschluss wird nicht gefasst, entweder mit der Maßgabe den Planentwurf inhaltlich zu ändern oder mit dem Auftrag, das Verfahren nicht weiterzuführen. Dies ist verbunden mit der Konsequenz, dass der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 43 "Gonellastraße - Rilkestraße" für das Grundstück fortbesteht bzw. die angestrebte Innenentwicklung als Planungsziel aufgegeben wird.

Abstimmungsergebnis:

1.

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 17 | | |

Einstimmig beschlossen.

2.

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|----|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |

| | | | |
|--------------------------|-----------|--|--|
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 17 | | |

Einstimmig beschlossen.

3.

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 17 | | |

Einstimmig beschlossen.

Herr Roth (ISR) präsentiert die Planungen. Die Präsentation wird der Niederschrift angehängt.

Vorsitzender Damblon bedankt sich bei Herrn Roth für die Präsentation.

Ratsherr Peters bedankt sich ebenfalls bei Herrn Roth und hebt hervor, dass die Planung eine deutliche Verbesserung zu den derzeitigen Strukturen vor Ort darstelle. Auch die hohe städtebauliche Dichte sei an der Stelle gut platziert. Ratsherr Peters fragt, ob es ein Energiekonzept gebe und ob auch geförderter Wohnraum geplant sei.

Herr Roth antwortet, dass u.a. Geothermie, Wärmepumpen, PV-Anlagen Teil der Überlegungen sind. Allerdings sind nicht alle Faktoren Teil des Städtebaus. Geförderter Wohnraum sei nicht geplant.

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes bedauert, dass kein geförderter Wohnraum geplant sei.

Sachkundige Bürgerin Hansen kritisiert, dass nur das nötigste in Hinblick auf den Artenschutz getan wird. Sie weist darauf hin, dass die schmalblättrige Ölweide als latent invasiv gelte und daher in der Pflanzliste ersetzt werden sollte. Insgesamt sehe man das Projekt aber positiv.

Ratsherr Schoenauer findet die Planung ebenfalls gelungen. Aufgrund der Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange sehe er auch keine Probleme.

Sachkundiger Bürger Wagner könnte dem Beschluss auch folgen. Er hätte sich nur mehr Geschosse gewünscht.

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes merkt an, dass der derzeitige Zustand des Grundstücks sehr heruntergekommen sei und es gerade für einen Ortseingang nicht ansprechend aussehe. Der Eigentümer werde gebeten, sich darum zu kümmern.

6 Perspektive RegioNetzWerk Vorlage: FB4/0703/2023

Frau Briese erläutert anhand von Plakaten die bisherige Arbeit des RegioNetzWerkes und die gemeinsamen Ideen zur Neuaufstellung. Es wurde eine Evaluierung durchgeführt. Künftig soll sich auf die Zukunftsthemen Klimaschutz, Mobilität und ÖPNV konzentriert werden. Leitprojekte der Siedlungsentwicklung sind nicht mehr Bestandteil des RegioNetzWerk. Außerdem wird die Geschäftsstelle neu ausgeschrieben. Der interkommunale Austausch sei immer noch wichtig, insbesondere bei den Themen Mobilität und Klimaschutz. Positiv sei auch, dass die Stadt Neuss dem Netzwerk beiträgt. Die Städte treffen sich am 16.12.2023 in Meerbusch zur Unterzeichnung des neuen Kooperationsvertrages.

Ratsherr Peters kann die Vorteile nachvollziehen. Aber er habe den Austausch so wie beschrieben nicht wahrgenommen. Er sehe keinen Sinn darin sich „rückwärtsgerandete“ Projekte bzw. Wohnungsbauprojekte aus Städten anzueignen, die nicht einmal in der direkten Nachbarschaft zu Meerbusch stehen.

Sachkundiger Bürger Wagner findet die Neuausrichtung gut. Er würde es begrüßen, wenn die Plakate in einem großen Format zur Verfügung stehen würden.

Frau Briese erklärt, dass die Plakatgrundlagen aus der Anfangsphase des RegioNetzWerks stammen, aktualisiert wurden und auch online abrufbar und damit zur besseren Lesbarkeit skalierbar seien.

7 Gestaltungssatzung Nr. GS 35 der Stadt Meerbusch für den Ortskern des Stadtteils Nierst (Gestaltungssatzung Nierst) Vorlage: FB4/1766/2023

Beschlussvorschlag:

1. Die Gestaltungssatzung Nr. GS 35 über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen sowie von Werbeanlagen im Ortskern des Stadtteils Nierst (Anlage 1) mit dem Gestaltungsplan (Anlage 2) und ihrer Begründung (Anlage 3) wird als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung wird wie folgt begrenzt:

- im Westen durch die Bebauung an der Stratumer Straße,
- im Norden durch die Bebauung an der Straße "Werthallee",
- im Osten durch die westliche Grenze der entlang des Rheindeichs verlaufenden Straße "Am Oberen Feld" nördlich der Hausnummer 82,
- im Süden durch die nördliche Begrenzung der Straße Am Siegershof sowie die Streulagen beiderseits dieser Straße.

Der räumliche Geltungsbereich wird in dem Gestaltungsplan (Anlage 2) zu dieser Satzung durch eine entsprechende Signatur eindeutig bestimmt.

2. Die Satzung wird im Amtsblatt der Stadt Meerbusch bekannt gemacht und am Tage nach der Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Alternativen:

Der Beschluss wird nicht gefasst und die Gestaltungssatzung Nierst nicht zur Wirksamkeit gebracht. Dies ist verbunden mit der Konsequenz, dass gegenüber den Eigentümern keine Handhabe besteht, eine dem Ortsbild dienliche Gestaltung von dem Grundsatz nach zulässigen Bauvorhaben im Kernbereich der Ortslage Nierst zu erwirken

Frau Bolk und Herr Reimann stellen die Gestaltungssatzung Nr. GS 35 der Stadt Meerbusch für den Ortskern des Stadtteils Nierst (Gestaltungssatzung Nierst) anhand einer Präsentation vor.

Herr Damblon bedankt sich bei Frau Bolk und Herrn Reimann für den Vortrag.

Ratsherr Peters fragt nach der Zielsetzung der Satzung. In Osterath haben man beispielsweise eine Gestaltungssatzung, bei der man sich frage, ob man diese noch anwendet und benötigt. Die geplante Gestaltungssatzung für Nierst sei zu kleinteilig und wird von seiner Fraktion nicht unterstützt.

Ratsherr Schoenauer erläutert, dass man die Erarbeitung einer Gestaltungssatzung für Nierst auf den Weg gebracht habe und daher auch unterstütze. „Wildwuchs“ wolle man nicht und daher sei die Regelungsdichte der Satzung gut. Die Satzung sei ein Fingerzeig und eine Handreichung, die Architekten und Bauherren gebrauchen könnten.

Ratsherr Gabernig findet auch, dass die Satzung etwas zu kleinteilig ist. Zur Erhaltung des Dorfcharakters sei es der richtige Schritt.

Sachkundige Bürgerin Hansen merkt nochmal an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Vertagung beantragen, weil eine Prüfung zeitlich nicht möglich war.

Dem Antrag auf Vertagung wird einstimmig stattgegeben.

**8 Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Berta-Benz-Straße im Gewerbegebiet "Im Bundenrott"; hier: Erteilung von Befreiungen
Vorlage: BM/1799/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt den nachfolgenden Befreiungen von den planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 277, Am Strümper Busch / Gewerbegebiet Bundenrott, für das Bauvorhaben (hier: Neubau eines Bürogebäudes „UnOne“, Berta-Benz-Straße, Meerbusch-Strümp) für folgende Tatbestände gemäß § 31 (2) BauGB sowie abweichend von der Verordnung über notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder des Landes NRW zu:

1. Bau von 4 Carsharing KFZ-Stellplätzen und 80 Fahrradabstellplätzen außerhalb der überbaubaren Grundstücksgrenze
2. Verringerung der Anzahl notwendiger KFZ-Stellplätze um 10 auf 60 statt 70 KFZ-Stellplätze

Die Befreiungen sind an folgende Voraussetzung geknüpft: Zum Bauantrag wird vom Antragsteller ein schlüssiges betriebliches Mobilitätskonzept vorgelegt. Dieses ist dann als schlüssig zu erachten, wenn im Einklang mit der Stellplatzsatzung der Stadt Meerbusch dargelegt wird, wie die Reduzierung der KFZ-Stellplätze sachgerecht und alltagstauglich ausgeglichen wird. Folgende Ansätze könnten beispielsweise verfolgt werden:

- Es werden die fehlenden KFZ-Stellplätze per Baulast auf einem anderen Grundstück in der erweiterten Nachbarschaft im Gewerbegebiet nachgewiesen (faktisch wäre Befreiung damit obsolet),
- die fehlenden KFZ-Stellplätze werden auf dem Baugrundstück durch bauliche Anlagen als Doppelparksystem (z. B. Duplex Garagen) nachgewiesen (faktisch wäre Befreiung damit obsolet),
- im vorzulegenden Mobilitätskonzept wird dargelegt, wie die Details zur Nutzung des Carsharing-Konzeptes aussehen und wie dadurch eine Reduzierung des Stellplatzbedarfes gerechtfertigt werden kann, oder
- es wird ein Vertrag über den Abschluss eines Job-Tickets für die ÖPNV Nutzung mit konkreten Angaben zur Zahl der Nutzer vorgelegt. Da die nächste Bushaltestelle (Strümp Kirche) ca. ein Kilometer entfernt liegt, ist zusätzlich darzulegen, wie trotz dieser Entfernung mit diesem Ansatz eine Reduzierung des Stellplatzbedarfes gerechtfertigt werden kann.

Alternativen:

Den Befreiungen wird nicht zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-------------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN-alternativ Meerbusch (1) | 1 | | |
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG / Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt: (17) | 17 | | |

Einstimmig beschlossen mit der Bedingung, dass der Antragsteller gem. BauO NRW die Stellplatzanlage vollständig mit PV-Anlagen überdachen soll.

Herr Bennighoven trägt den Anlass der vorliegenden Planung vor.

Vorsitzender Damblon bedankt sich bei Herrn Benninghoven für den Vortrag.

Ratsherr Gabernig merkt an, dass die Stellplätze für PKW nicht ausreichen und kritisiert die vorgenommene Reduzierung.

Frau Briese erläutert, dass der Antragsteller die Anzahl der Stellplätze für PKW mit einem Mobilitätskonzept reduzieren und so eine Tiefgarage vermeiden möchte.

Herr Devers ergänzt dazu, dass man die Reduzierung bauordnungsrechtlich geprüft habe und erläutert wie dies nach der Stellplatzsatzung erfolgen soll.

Ratsherrin Glasmacher stellt fest, dass nicht die gesamte Stellplatzanlage mit PV-Anlagen überdacht sei. Das Gremium einigt sich daraufhin, dass die Befreiung mit dem Zusatz der Komplettüberdachung der Stellplatzanlage beschlossen werden soll.

9 Bauvoranfrage zum Neubau eines Sport- und Fitness-Centers mit Außenanlagen mit Weiternutzung einer bestehenden Tennishalle in Meerbusch-Büderich, hier: Erteilung von Befreiungen gem. § 31 BauGB

1. Bau eines Parkdecks mit 2 Geschossen und PV-Anlage außerhalb der Baugrenze

2. Überschreitung der Baugrenze neben der Bestandshalle durch ein Schwimmbecken im Außenbereich

Vorlage: FB4/1801/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt den Befreiungen von den nachfolgenden planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr.132 A (1. vereinfachte Änderung) Sport- und Freizeitpark Eisenbrand, Tennishallen, für das Bauvorhaben (hier: Neubau eines Sport- und Freizeit-Centers mit Parkdeck sowie Schwimmbecken im Außenbereich und sonstiger, teilweise baulicher Sport- Freizeit-Außenanlagen am Hülsenbuschweg 8, Meerbusch-Büderich) für folgende Tatbestände gemäß § 31 (2) BauGB zu:

1. Anordnung der notwendigen PKW-Stellplätze durch die Errichtung eines 2-geschossigen, offenen, partiell fassadenbegrüntem und großflächig mit Photovoltaik-Modulen überdachten Parkdecks als bauliche Anlage außerhalb des Baufensters (Anlage 1 und 2).
2. Anordnung des Außen-Schwimmbeckens und sonstiger, teilweise baulicher Sport- Freizeit-Außenanlagen außerhalb der Baugrenze (Anlage 1 und 2).

Alternativen:

Den Befreiungen wird nicht zugestimmt

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes fragt, ob so viele Stellplätze nötig seien. Das Parkhaus wirke sehr massiv und groß

Frau Briese erläutert, dass nach Beratung durch die Bauaufsicht der Stadt Meerbusch die Anzahl der Stellplätze und der Flächenverbrauch schon reduziert wurde.

Ratsherr Peters merkt an, dass man die Belange anderer Nutzer der Tennisplätze berücksichtigen müsse und daher den Beschluss vertagen solle.

Ratsherr Schoenauer kann einer Vertagung zwecks Zeitgewinnung für diese Gespräche zustimmen und folgen. Insgesamt begrüße er aber das Projekt.

Sachkundige Bürgerin Hansen weist darauf hin, dass das Vorhaben an ein großes Biotop grenzt. Daher müsse man bei den vielen Glasflächen auch das Thema „Vogelschlag“ berücksichtigen.

Frau Briese erläutert, dass bereits ein Antrag des Tennisvereins Grün-Weiß-Rot auf Erweiterung des Vereinsgeländes eingegangen ist. Dies steht jedoch nicht in inhaltlichem Zusammenhang zur anstehenden Entscheidung.

Der Antrag auf Vertagung wird einstimmig beschlossen.

10 Bauvoranfrage zum Neubau eines Einfamilienhauses mit dazugehörigen Stellplätzen in Meerbusch-Büderich, Dietrich-Bonhoeffer-Straße 9, hier: Zustimmung zur folgenden Befreiung

- Befreiung von der Art der Nutzung
Vorlage: FB4/1756/2023/1

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt der Befreiung von der nachfolgenden planungsrechtlichen Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 59 Meerbusch-Büderich, „Dietrich-Bonhoeffer-Straße“ für das Bauvorhaben (hier: Neubau eines Einfamilienhauses mit dazugehörigen Stellplätzen im Rahmen der Standortentwicklung Bethlehem Kirche) gemäß § 31 Abs. 3 BauGB zu:

- Befreiung von der Art der Nutzung

Alternativen:

Der Befreiung wird nicht zugestimmt.

Ratsherr Peters findet, dass an der Stelle ein überdimensioniertes Einfamilienhaus nicht angebracht sei.

Ratsherrin Glasmacher schließt sich der Kritik an und befürwortet stattdessen ein Mehrfamilienhaus.

Sachkundige Bürgerin Hansen kann sich dem nur anschließen

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass der Ausschuss nicht zu entscheiden habe, ob dort ein Einfamilienhaus oder Mehrfamilienhaus entstehe. Es gehe darum, ob eine Befreiung von der Art der Nutzung erteilt werde.

Ratsherr Gabernig bemängelt, dass an anderer Stelle bei einem ähnlichen Antrag befreit wurde und man hier nun nicht zustimmen wolle.

Ratsherr Peters betont, dass die Stadt die Planungshoheit habe und fragt, ob es möglich wäre, ein Vorkaufsrecht auszuüben.

Frau Wagner (FB6) antwortet, dass ein Vorkaufsrecht nicht ohne weiteres möglich sei. Man könne das genauer prüfen.

In einer angeregten Diskussion wird nach der Grundstückszufahrt, Baumbestand, einer geplanten Grundstücksteilung, Stellplätzen und der Zielgruppe (Senioren) gefragt. All dies ist nicht Gegenstand der Bauvoranfrage.

Das Gremium beschließt einstimmig die Vertagung des Beschlusses. Ein Vorkaufsrecht seitens der Stadt solle zunächst geprüft werden.

- 11 **Neubau von drei Einfamilienhäusern mit Doppel- und Einzelgaragen, Meerbusch-Büderich, Rosenstraße 19, hier: Zustimmung zur Befreiung von der zulässigen Überschreitung der Baugrenze****
Vorlage: FB4/1812/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt den folgenden Befreiungen von planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 242, Gartenstadt Meerer Busch / Hildegundisallee, Meerbusch-Büderich, zu:

- Befreiung von den festgesetzten Baugrenzen gem. beigefügtem Antrag (Anlagen 1 und 2)

Alternativen:

Den Befreiungen wird nicht zugestimmt.

Die UWG beantragt den Tagesordnungspunkt zurückzuziehen. Es müsse zunächst die Denkmälwürdigkeit des Gebäudes geprüft werden.

Frau Briese erläutert, dass die Stadt eine vorläufige Unterschutzstellung ausgesprochen habe.

Die Beschlussvorlage kommt nur auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses, wenn sich die Denkmälwürdigkeit nicht bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.

12 **Anträge**

- 12.1 **Antrag Die Fraktion und Grün-alternativ - Beratung und Beschlussfassung zum Kooperationsmodell Haus Meer****
Vorlage: FB4/0479/2023

Antrag:

Die Fraktion GRÜN-alternativ und DIE FRAKTION bitten um Beratung und Beschlussfassung nachfolgenden Antrags:

a. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer des Gesamtdenkmals Haus Meer in Verhandlung zu treten, um Alternativen zu einer rein wirtschaftlich geprägten Investorenplanung anzustreben. Anlage (zur Vorlage FB4/0479/2023)

Antrag - Haus Meer

b. Die Stadt Meerbusch übernimmt, soweit Einvernehmen erzielt wird, Mitverantwortung, auch finanziell, für die Entwicklung auf dem Gelände Haus Meer.

- c. Angestrebt wird mit dem Eigentümer zusammen, die Sicherung des Gesamtdenkmals (Park und Baudenkmale), die Schaffung von Baurechten
- d. Die Stadt erwirbt Anteile des Geländes Haus Meer (insbesondere den Park). Hierfür sind erforderliche Haushaltsmittel zu ermitteln und einzustellen.
- e. Es wird eine Vereinbarung zwischen der Stadt Meerbusch und dem Eigentümer zur Kostenbeteiligung zur Parkpflege und zur Sicherung der Denkmale getroffen.
- f. Es soll ein B-Planverfahren (nicht vorhabenbezogen) unter Beachtung der Bedenken des Landschaftsverbandes Rheinland eingeleitet werden.
- g. Eine Stiftung HAUS MEER soll geprüft und angestrebt,
- h. Fördermöglichkeiten sollen ermittelt und nachfolgend beantragt werden.

Alternative:

Der Antrag wird abgelehnt

Der Antrag wird von den Antragstellern zurückgezogen.

13 Anfragen

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Verwaltung berichtet, dass zu Windkraftanlagen und Freiflächen-PV-Anlagen erst mit der beabsichtigten Vergabe der Konzepterstellung eine Vorlage erstellt wird.

15 Verschiedenes

Ratsherrin Niederdellmann-Siemes fragt nach einem Gesamtkonzept zur Flüchtlingsunterbringung. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel verweist dazu auf eine in Arbeit befindliche Vorlage.

16 Termin der nächsten Sitzung

25. Januar 2024

Meerbusch, den 23. Januar 2024

Werner Damblon
Ausschussvorsitzender

Schriftführer